

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 M bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 M; durch die Post monatlich 2.60 M freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pul; in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pul; amtlich 1 mm
30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 229

Mittwoch, den 1. Oktober 1930

82. Jahrgang

Das Sparprogramm der Reichsregierung

Fehlbetrag etwa 900 Millionen Mark — Einsparung von rund 1 Milliarde

Das Echo des Regierungsprogramms in der Berliner Presse — Wieder zollfreies Gefrierfleisch
Dr. Curtius antwortet Briand

Das neue Sparprogramm der Reichsregierung ist
überaus umfangreich. In der Einleitung wird die Er-
klärung abgegeben, daß die Vorschläge der Reichs-
regierung aus der Not der Zeit geboren seien. Nicht
höhere Steuern, sondern nur Sparmaßnahmen, Ent-
lastung und die Wiederherstellung des Vertrauens
sind die Grundlagen, auf denen ein Programm der
Regierung aufgebaut werden könne.

Das Programm beschäftigt sich dann zunächst mit dem
Reichshaushalt und stellt fest, daß im Reichshaushalt 1930
mit einem

Fehlbetrag von 750 bis 900 Millionen Mark

gerechnet werden müsse. Die Abdeckung dieses
Fehlbetrages, der sich bei Abzug von 300 Millionen
Mark für die Arbeitslosenversicherung auf 450 bis 600 Mil-
lionen Mark belaufen werde, soll in den Haushalten der
nächsten drei Jahre aus einem besonderen Fonds
erfolgen. Durch ein sofort verabschiedetes Gesetz soll die
Bildung dieses Fonds sichergestellt werden. Für das Jahr
1931/32 fordert der Vorschlag der Reichsregierung die

Senkung der Ausgaben um eine Milliarde Mark

Hierzu wird vorgeschlagen

1. Gehaltskürzungen. Beim Reichspräsidenten, dem
Reichsminister, dem Reichsfinanzminister und den Abgeord-
neten soll die Kürzung 20 Prozent, bei Reichs-
beamten, Parteigeldempfängern, Ruhegeldempfängern
6 Prozent betragen. Die Senkung soll vom 1. April
1931 für die Dauer von drei Jahren erfolgen. Die
Reichshilfe soll mit dem 1. April 1931 fortfallen. Kinderzu-
lagen sind ausgenommen. Personen, deren künftige
Wohlfahrt 1500 Mark jährlich nicht übersteigen, sind von der
Kürzung befreit. Bei der Reichsbahn und Reichsbank
sollen entsprechende Kürzungen durchgeführt
werden.

2. Kürzung der Ueberweisungen. Durch die Senkung der
Beamteneinkünfte soll die Ueberweisung an Länder und Ge-
meinden um 100 Millionen gekürzt werden. Nach dem
Rückgang der Einnahmen soll eine weitere Kürzung
der Ueberweisungen von Ländern und Gemeinden
um 88 288 Millionen Mark erfolgen.

3. Arbeitslosenversicherung. Der Ausgleich von Ein-
nahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung soll
ohne Inanspruchnahme des Etats durch Erhöhung
der Beiträge auf 6 1/2 Prozent sichergestellt werden. Für die
Krisenfürsorge sollen nur 420 Millionen An. bereitgestellt
werden.

4. Abstriche im Reichshaushalt. Die Ausgaben sollen
gegenüber 1930 um 300 Millionen vermindert
werden, insbesondere durch Kürzungen bei der Zentrale für
Heimadient und beim Statistischen Reichsamt, das auf ein
Drittel der Ausgaben beschränkt werden soll. Weiter soll der
Zentralrat für die Wirtschaft, der durch einen
Mehrbetrag an Zöllen und Steuern von 167 Millionen Mark.
In Ländern und Gemeinden soll die Gehalts-
kürzung gleichfalls durchgeführt werden. Außerdem sollen
Länder und Gemeinden zu einheitlichen Sparmaßnahmen,
einer verschärften Haushaltskontrolle, einer sparsameren
Rechtspflege und einer Vereinfachung der Gemeinden ange-
halten werden.

Der Vorschlag der Reichsregierung beschäftigt sich dann
weiter mit der

Vereinfachung des Steuersystems

und sieht dafür vor eine vereinfachte Besteuerung
der Landwirtschaft, bei der die Reichsvermögens-
steuer künftig für Vermögen bis zu 20 000 Mark fortfallen
soll. Außerdem soll die Grundvermögenssteuer, die
Reichsvermögenssteuer und die ersten 10 Pro-
zent der Einkommenssteuer (also für die ersten 8000
Mark des Einkommens) durch die Grundver-
mögenssteuer als abgeköllten gelten. Ebenso soll
eine vereinfachte Besteuerung der Klein-
gewerbetreibenden durchgeführt werden. Umfang-
reiche Maßnahmen sind vorgesehen für die Bereinigung der
Grundvermögenssteuer. Bei der Umsatzsteuer sollen

Unternehmungen mit einem Gesamtumsatz von nicht mehr
als 5000 Mark künftig der Umsatzsteuer nicht mehr unter-
liegen.

Sehr eingehende Maßnahmen enthält das Programm
über die

Neuregelung der Wohnungswirtschaft.

Das Programm gibt genau die Finanzierung des Wohnungs-
baues in den nächsten Jahren, insbesondere für Klein-
wohnungen, an. Im Haushaltsjahr 1931 sollen bis zu
215 000 Wohnungen erstellt werden, davon 165 000
Wohnungen einfacher Art. Für Instandhaltung der Woh-
nungen und für Errichtung von Gebäuden in ländlichen
Siedlungen sollen 40 Millionen Mark verwandt werden. —
Weiter beschäftigt sich das Programm mit der Rea-
lierung. Die

Grundsteuer soll um 10 Prozent gesenkt werden,

und zwar sowohl beim landwirtschaftlichen Grundvermögen
wie beim Hausbesitz. Schließlich sieht das Programm Maß-
nahmen für den Finanzausgleich vor, der eine voll-
ständige Veränderung der Ueberweisungen der Anteile an
die Länder durchführt und eine Höchstgrenze für die Aus-
gaben der öffentlichen Hand. Es soll durch ein besonderes
Gesetz sichergestellt werden, daß für die Dauer von
drei Jahren die Ausgaben in Reich, Ländern und
Gemeinden keine Erhöhung erfahren dürfen. Alle
höheren Einnahmen müssen zur Steuerentlastung ver-
wandt werden.

Die schwierigste Frage: Die Bekämpfung der Arbeits-
losigkeit.

Aus den Erläuterungen des Regierungsprogramms geht
hervor, daß ein Gesamtfehlbetrag von 1260 Millionen vor-
handen ist, zu dessen Abdeckung man zunächst für die nächsten
drei Jahre je 420 Millionen Mark in den Etat einbringen will.
Um über den schwierigen Jahresfluß hinwegzukommen, ist
ein Ueberbrückungskredit nötig, der durch eine Anleihe im
Auslande aufgenommen werden soll. Das Regierungspro-
gramm selbst stellt zunächst nur eine Zusammenstellung der
gedachten Richtlinien dar, während die notwendigen Gesetzes-
vorlagen erst noch zum größten Teile fertiggestellt werden
müssen. Auch bei dem von der Reichsregierung geplanten
Eingriff in das Staatsrecht der Länder und Gemeinden — sie
sollen künftig ihre Etats nur unter Mitwirkung eines Reichs-
kommissars aufstellen können — ergeben sich große Schwie-
rigkeiten. Ferner liegen bereits Gerichtsurteile vor, die die
Unzulässigkeit der Kürzung kommunaler Beamtengehälter —
sie ist bekanntlich in Breslau verfügt worden und wird in
den nächsten Tagen in anderen preussischen Städten ange-
ordnet werden — feststellen.

Das schwierigste Problem jedoch bildet nach wie
vor die Arbeitslosenversicherung.

Hier hat nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers die
Reichsregierung den Beschluß gefaßt, die Beiträge zur Ar-
beitslosenversicherung mit Wirkung vom 1. Oktober ab um
zwei Prozent zu erhöhen, wodurch eine Steigerung der Ver-
sicherungseinnahmen um 520 Millionen Mark erzielt werden
soll. Aber auch mit dieser neuen erheblichen Belastung der
Arbeitgeber und Arbeitnehmer befürchtet man kaum die
Dauerkrise überwinden zu können, da die Gestaltung des
Arbeitsmarktes ein absolut unsicherer Faktor ist. Um einer
weiteren Steigerung der Arbeitslosenziffer zu begegnen,
kündigt der Reichsarbeitsminister für die nächste Woche
berichts

Besprechungen mit den Arbeitgebern über eine
allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit

an. Aber selbst wenn die Arbeitslosigkeit jetzt auch ihren
tiefsten Stand erreicht hätte, was leider kaum anzunehmen
ist, dann taucht für das nächste Jahr die Sorge um die mit
einer Million Köpfe berechneten Krisenfürsorgeberechtigten
auf, wozu nach ministerieller Schätzung noch rund 780 000
Wohlfahrtsbedürftiger in den Gemeinden kommen. Hierüber
sollen im Reichsarbeitsministerium sofort die entsprechenden
Veratungen beginnen. Hierbei soll auch die Frage der
Einlegung eines neunten Schuljahres er-
wogen werden, um auf diese Weise die Ziffer der ein-
tretenden jüngeren Arbeitskräfte und Lehrlinge zu senken.

Zur Frage der Einführung einer Arbeitsdienst-
pflicht erklärte der Reichsarbeitsminister, daß dieses
Problem ungangbar sein dürfte, da für die Unterbringungs-
möglichkeiten, Kleidung und Verpflegung von etwa 150 000
in Frage kommenden Verpflichteten riesige Summen Geldes
nöthig wären, die einen Nutzen der Arbeitsdienstplicht
illusorisch machen würden.

Der Reichspräsident ließ sich das Regierungsprogramm vorlegen.

Der Reichspräsident empfing am Dienstag den Reichs-
kanzler Dr. Brüning zu einer Besprechung über das Pro-
gramm der Regierung. Der Reichskanzler hatte ferner eine
Unterredung mit dem preussischen Ministerpräsidenten
Braun, in der er sowohl die Einstellung Preussens zu dem
Programm der Reichsregierung offiziell feststellte, wie auch
die Frage erörterte, wie weit der preussische Ministerpräsident
gewillt ist, auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die
am Freitag zusammentritt, den notwendigen Einfluß auszu-
üben, damit die Fraktion zunächst gegenüber der Reichsregie-
rung Neutralität bewahrt.

Finanzprogramm gegebenenfalls ohne Reichstag?

Der Reichskanzler wird zunächst den Parteiführern das
Programm als sogenanntes „unteilbares Ganzes“ vorlegen
mit der Erklärung, daß das Kabinett vom Reichstag die Un-
nahme des gesamten Programms fordert. Das
Kabinett wird außerdem den Versuch machen, eine Mehrheit
für sein Programm zu finden. Die Ausschichten dafür sind noch
sehr ungewiß. Die Sozialdemokraten haben bereits
gegen einen Teil des Programms ihren Widerspruch ange-
meldet. Das Zentrum wiederum ist nicht bereit, eine Re-
gierungsmehrheit mit den Nationalsozialisten zu bilden. Man
will nur formal mit der nationalsozialistischen Reichstagsfrak-
tion in Verhandlungen treten. Eine Widerstandsregierung
hätte in diesem Reichstag auch kaum Aussicht auf lange Dauer.
Es wäre deshalb durchaus möglich, daß nach ergebnislosen
Verhandlungen die Reichsregierung den Versuch macht, ohne
Reichstag zu regieren.

Das Echo des Regierungsprogramms in der Berliner Presse

Berlin, 1. Oktober. Das umfangreiche Programm der Reichs-
regierung zur Sanierung der Finanzen von Reich, Ländern
und Gemeinden wird von den Berliner Blättern ausführlich besprochen.
Die „Germania“ schreibt, das Programm lasse erkennen, daß hier
eine zielbewusste Führung am Werke sei, die nicht nur die Symptome
unserer gegenwärtigen Not sehe, sondern auch ihre Wurzel zu beseitigen
suche. Es sei ein Programm der strengen Sachlichkeit. Sein ökonomi-
sches und politisches Gesicht sei durch das große Gesamtziel einer
dauernden Ordnung der Finanzen und einer organischen Gesundung der
Wirtschaft bestimmt. An keiner Stelle habe es deshalb Sonderinteressen
und parteigegensätzliche Bestrebungen Eingang gewährt. Der „Volk-
anzeiger“ bezeichnet das Programm der Reichsregierung als „Stück-
werk“. Unter den Vorschlägen des Kabinetts seien unzweifelhaft eine
Reihe von vernünftigen. Bemerkenswert sei aber, daß die angelegte
Sanierung nicht ohne eine neue Belastung der Wirtschaft auskomme,
die vor allem in der abermaligen Erhöhung der Beiträge
zur Arbeitslosenversicherung bestehe. Vor allem bemängelt
das Blatt, daß das umfangreiche Programm mit keiner Silbe
und keinem Gedanken an das Grundübel der deutschen Wirtschaft rühre.
Es nehme die „Heiligkeit der Verträge“, die Unabänderlichkeit
des Verfallens Diktats und der Youngtribute als genau etwas so Ge-
gebenes, wie das nur Herr Briand und Herr Poincaré tun könnten.
Die Sparmaßnahmen seien kein Befreiungswort sondern eine Anpassung
an die wirtschaftliche und politische Verflavung. Die „DZ“
schreibt, das Regierungsprogramm sehe zweifellos nur insofern zunächst
wie eine Erfüllungspolitik aus, als versucht werden solle, den Young-
plan solange durchzuführen, bis die Devisenfrage mit größerer
Erfolgsaussicht als im Augenblick aufgeworfen werden könne.
Gerade deshalb habe sich die Regierung bemüht, denjenigen finanzpoli-
tischen Anmerkungen Parter Gilberts Rechnung zu tragen, die auch
von deutschen Kritikern der inneren Finanzwirtschaft unterstrichen worden
seien. Das „Berliner Tageblatt“ hebt hervor, daß das Regie-
rungsprogramm in mehr als einem Punkt beanspruchten könne, als das
Reformprogramm angesehen zu werden, das seit langem gefor-
dert werde. Das Blatt glaubt, daß die Regierung ihr Programm nicht
in allen Punkten als unabänderlich ansehe. Da die Regierung gesagt
habe, was auf dem Spiele stehe, liege der Zwang zum Handeln auf
den Parteien, vor allem auf der Sozialdemokratie. Die „Börse-
zeitung“ hebt anerkennend hervor, daß in dem Programm eine feste
Zählung der Staats- und Finanzpolitik zu erkennen sei und bezeichnet
es als besonders bedeutungsvoll, daß man endlich daran gegangen sei,
auch die Grundlagen für eine Gesundung der Länder- und Gemein-
finanzen zu schaffen, indem auch hier die personellen Ausgaben die
gleiche Kürzung erfahren sollen.

